

Niederschrift BAU/008/2010

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bauausschusses der Stadt Rheine
am 29.04.2010

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender
------------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Horst Dewenter	CDU	Vertretung für RM Havers
Herr Wilfried Grottendieck	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Paul-Dieter Michalski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Ralph Renger	CDU	Vertretung für RM Hagemeyer
Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für RM Berardis
Herr Antonius van Wanrooy	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied
Herr Heinrich Winkelhaus	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Heinz Werning	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Kadir Yalcin	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Frau Claudia Kurzinsky	Produktverantwortliche Hochbau
Herr Jürgen Grimberg	Produktverantwortlicher Zentrale Gebäudewirt- schaft
Herr Martin Forstmann	Mitarbeiter der TBR
Herr Thomas Roling	Mitarbeiter der TBR
Frau Martina Wietkamp	Schriftführerin

Es fehlten:

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	Vertretung durch RM Roloff
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Vertretung durch SB R. Renger
Herr Johannes Havers	CDU	Vertretung durch RM Dewenter
Herr Thomas Oechtering	CDU	Vertretung durch RM Wilp

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Niederschrift wurde nicht rechtzeitig im Ratsinformationssystem „Session“ freigegeben, sie soll in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Weitere Anregungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung am 18.03.2010

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 18.03.2010 gefassten Beschlüsse

Herr Schröder verliest den folgenden Bericht:

Bericht der Verwaltung im Bauausschuss am 29.04.2010 zur Sitzung vom 18.03.2010

TOP	Antragssteller / Vortragender	Anliegen	Stellungnahme / Arbeitsauftrag	Antwort
16.3	Herr Havers	Pflicht zur Ersatzpflanzung für die auf dem Gelände des Mathias-Spitals gefällten Bäume?	Aufarbeitung der Thematik und weitere Informationen im Bauausschuss	<p>für insgesamt 8 geschützte Laubbäume mit Stammumfängen von 85-300 cm erhalten. Sieben geschützte Bäume befanden sich im Baufeld der aktuell anstehenden Erweiterung (Anbau) der Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Dutumer Straße. Für das Bauvorhaben liegt eine Baugenehmigung vor. Der Grundstückseigentümer hat einen Anspruch auf Erteilung einer Fällgenehmigung, da das Bauvorhaben ansonsten nicht oder nur unter wesentlichen Beschränkungen umsetzbar wäre.</p> <p>Zusätzlich war für einen Ahorn nordwestlich der Tagesklinik eine Fällgenehmigung zu erteilen, da der Baum im Bereich der Stammbasis stark ausgemorscht und nicht mehr ausreichend standsicher war.</p> <p>Mit Bescheiderteilung wurde eine Ersatzanpflanzung von insgesamt 12 mittel- bis großkronigen Laubbäumen auf dem Gelände des Mathias-Spitals zur Auflage gemacht.</p> <p>Das Mathias-Spital hat im Übrigen Ende 2009 ein Baumkataster für das gesamte Areal aufstellen lassen und der Verwaltung vorgestellt bzw. auch Plan und Daten zur Verfügung gestellt. Insofern lassen sich nun etwaige Abgänge oder auch getätigte Ersatzanpflanzungen</p>

3. Informationen

3.1. Eingabe Bündnis90/DIE GRÜNEN zur Verkehrspolitik

Herr Schröder verliest die angefügte Eingabe sowie die Stellungnahme der Verwaltung.



48431 Rheine, 14. Mai 2010
Kugeltimpen 7
Tel.: (0 59 71) 1 27 39
URL: www.gruene-rheine.de
E-Mail: Reiske@gruene-rheine.de

Rat der Stadt Rheine

z.H. Frau Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder

Klimaschutz

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

die Bemühungen um ein nennenswertes Klimaschutzabkommen der internationalen Staatengemeinschaft kann nach der Konferenz in Kopenhagen zumindest derzeit als gescheitert bezeichnet werden.

Der Ausstoß an CO² hat im Jahr 2009 weltweit zugenommen. In dieser Situation ist es aus unserer Sicht nicht zielführend, das mangelhafte Engagement anderer Länder, z.B. China zu bemängeln. Solange es Nationalstaaten gibt, ist es der richtige Schritt, im eigenen Land Verbesserungen umzusetzen. Besonders gefragt ist hier die Ebene der Kommune.

Für die Fraktion B 90/Die Grünen gewinnen deshalb die Bemühungen um den Klimaschutz direkt vor Ort im kommunalen Raum noch weiter an Bedeutung.

Wir sollten uns in Rheine auf unsere Kräfte besinnen, die wir für den Klimaschutz bislang eingesetzt haben und diese weiterentwickeln.

Wir als Grüne werden in den kommenden Monaten Vorschläge zu verschiedenen Feldern der Klimapolitik machen. Diese Vorschläge werden zusammengefasst unter dem Titel:

„Neue Wege“

Klimapolitik in Rheine

Heute stellen wir Ihnen unseren Antrag zur Verkehrspolitik in Rheine vor. Wir wünschen uns eine Verabschiedung dieses Antrags im Rat mit möglichst breiter Mehrheit.

Verkehrspolitik in Rheine

Wir als Grüne streben in der Verkehrspolitik unsere Stadt einen Philosophiewechsel an:

Wir wollen eine Gleichbehandlung aller VerkehrsteilnehmerInnen. Derzeit wird der KFZ Verkehr bevorzugt behandelt. Dieses wollen wir verändern.

- Wir streben in Rheine die Umsetzung des Konzeptes „ Shared Space“ an. Übersetzt heißt dieses: gemeinsam genutzter Raum. Eine genaue Beschreibung des Konzeptes ist diesem Schreiben beigelegt. Wir können uns eine Umsetzung dieses Konzeptes als Einstieg für die Poststrasse und für den gesamten Bereich „Auf dem Thie“ vorstellen.
 - Wir fordern eine konsequente Umsetzung der ab dem 1.09.09 geltenden STVO und den damit verbundenen verbesserten Bedingungen für RadfahrerInnen (Aufwertung von Radfahrstreifen; Fahrradnutzung auf Fahrbahnen; Aufhebung der Radwegenutzungspflicht; Kennzeichnung von Sackgassen, die für FußgängerInnen und RadfahrerInnen durchlässig sind; Öffnung der Einbahnstrassen in Gegenrichtung für RadfahrerInnen u.a.).
 - Änderung bzw. Optimierung der Ampelschaltung Das derzeit gültige Konzept der Anforderung von Grünphasen mit Hilfe der „Gelben Drücker“ für FußgängerInnen und RadfahrerInnen diskriminiert diese VerkehrsteilnehmerInnen. Wir wollen den Abbau der gelben Anforderungsdrücker für FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Ausnahme: Die Ampelgeführten Überschreithilfen. Bei Verkehrsfluss in die gleiche Richtung sollen die Ampeln für FußgängerInnen/RadfahrerInnen der Taktung der KFZ Ampelschaltung entsprechen.
- Durch Optimierung der Ampelschaltung insbesondere auf dem Ring soll der KFZ Verkehr besser fließen. Durch Vermeidung von langen Standzeiten sowie der Vermeidung von immer wieder neuem Abbremsen und Anfahren wird ebenfalls der CO² Ausstoß verringert.
- Die Stadt Rheine legt ein 10 Jahres Programm „Kreisverkehre“ auf. In jedem Jahr wird hierbei eine Ampelkreuzung durch einen Kreisverkehr neu gestaltet.
 - Der Shuttle Bus in Bentlage soll zum Elektromobil umgerüstet werden. Alternativ soll hier ein neuer elektroantriebener Bus eingesetzt werden.
 - Für den derzeit Verwaltungsintern tagenden AK „ Verkehr“ regen wir zumindest punktuell eine Beteiligung der Politik an.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Reiske, Fraktionssprecher

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
FB 5-schr

Rheine, 15. April 2010

Vermerk

Klimaschutzkonzept mit dem Titel „Neue Wege“

• Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18. Februar 2010

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit Datum vom 18. Februar 2010 den beiliegenden Antrag zur Verkehrspolitik an die Bürgermeisterin gerichtet.

Verfahrensvorschlag: Bekanntgabe im HFA und Verweis an den Bauausschuss zur weiteren Beratung.

Hierzu geht es inhaltlich um folgende Punkte:

1. Umsetzung des Konzeptes „Shared Space“

Der Einstieg soll bei den Projekten Poststraße und Auf dem Thie erfolgen. Verfahrensvorschlag der Verwaltung: Nach dem Entwurf des Haushaltsplanes und Investitionsprogramms der Stadt Rheine ist die Erneuerung der Poststraße für 2011 eingeplant, die Erneuerung der Straße Auf dem Thie für 2012 bzw. 2013. Im Rahmen der Planung beider Projekte soll geprüft werden, ob die Umsetzung von Shared Space bei diesen Straßenbaumaßnahmen sinnvoll und möglich ist. Aus dem Stegreif kann und sollte hier keine Entscheidung getroffen werden, da hierzu eine umfangreiche Datenermittlung erforderlich ist. Dies bezieht sich insbesondere u. a. auch auf den Stellplatzbedarf.

2. Konsequente Umsetzung der ab 1. September 2009 geltenden STVO und der damit verbundenen verbesserten Bedingungen für Radfahrer

Verfahrensvorschlag der Verwaltung: Verweis an den Arbeitskreis Verkehr mit der Bitte um Prüfung und Berichterstattung im Bauausschuss

3. Änderung bzw. Optimierung der Ampelschaltung – Wegfall der „gelben Drücker“

Verfahrensvorschlag der Verwaltung: Prüfung und Stellungnahme durch die Verkehrsplanung und Bericht im Bauausschuss

4. 10-Jahres-Programm für Kreisverkehre – pro Jahr ein neuer Kreisverkehr

Stellungnahme der Verwaltung: Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation und der damit verbundenen Kosten ist dieses Programm derzeit nicht darstellbar. Wenn man pro Kreisverkehr von durchschnittlichen Kosten in Höhe von ca. 300.000,00 € ausgeht, so würde der städtische Haushaltsplan mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 3.000.000,00 € belastet.

5. Elektro-Shuttle-Bus in Bentlage

Verfahrensvorschlag der Verwaltung: Verweis an die Kloster Bentlage gGmbH mit der Bitte um Prüfung und Rückmeldung im Bauausschuss.

6. Beteiligung der Politik im Arbeitskreis Verkehr

Stellungnahme der Verwaltung: Der Arbeitskreis Verkehr ist ein verwaltungsinternes Gremium aus Mitarbeitern des Fachbereiches Recht und Ordnung, der TBR AÖR und der Polizei. Sie setzen Straßenbau- und Straßenverkehrsrecht um. Beim Straßenverkehrsrecht handelt es sich um eine staatliche Verwaltungsaufgabe, die der politischen Einflussnahme i. d. R. nicht zugänglich ist. Eine generelle Beteiligung der Politik am Arbeitskreis Verkehr wird daher nicht für sinnvoll angesehen. Es bestehen jedoch keine Bedenken, und dieses wird heute bereits praktiziert, dass Vertreter der Fraktionen zu einzelnen Ortsterminen zusammen mit Bürgern die Problematik aufzeigen und dem Arbeitskreis Verkehr ihre Wünsche vortragen.

Im Auftrag

Schröer

Herr Meier äußert die Meinung, dass „Shared Space“-Bereiche gerade für Menschen mit Sehbehinderungen zusätzliche Gefahren bergen. Hierzu verweist er auf Studien der Polizei im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt in Bohmte (Landkreis Osnabrück). Er bittet die Verwaltung um intensive Prüfung, ob die Umsetzung dieser Idee sinnvoll ist.

Herr Kuhlmann bemerkt, dass die Aussagen zu gestiegenen Unfallzahlen kritisch zu hinterfragen seien. So sei in Bohmte ein Rückgang schwerer Unfälle zu verzeichnen gewesen. Auch handele es sich in Bohmte um eine Landesstrasse mit sehr hoher Verkehrsbelastung.

3.2. Sachstandsbericht Konrad-Adenauer-Ring

Herr Schröer informiert, dass der Termin zur öffentlichen Bürgeranhörung in den Monat Mai verschoben werde, da aufgrund von bereits eingegangenen Anregungen die Planungen überarbeitet würden.

4. Eingaben

Es liegen keine Eingaben vor.

5. **Unterhaltungsaufwand TBR-Straßen** **Vorlage: 216/10**

Herr Kohnen bittet Herrn Lucas, die Thematik weiter aufzuarbeiten und zu prüfen, ob und ggf. wo die Verwendung von sog. „Flüsterasphalt“ sinnvoll sein könnte. Er bezieht sich insbesondere auf die Wiederherstellung der Straßenbeläge für die Straßen „Lingener Damm“ und „Vennhauser Damm“. Seitens der TBR wird eine eingehende Prüfung zugesagt.

Beschluss:

1. Der Bauausschuss der Stadt Rheine nimmt die Ausführungen der Technischen Betriebe Rheine zum Unterhaltungsaufwand 2010 für die städtischen Straßen zur Kenntnis.
2. Der Bauausschuss der Stadt Rheine beauftragt die Technischen Betriebe Rheine / den FB 5 die genannten Straßen durch Einbau eines offenporigen Asphalts im Zuge des Konjunkturpaketes II –Lärmsanierung- in die Maßnahmenplanung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Sachstandsbericht Konjunkturpaket II** **hier: Umsetzung des Programmes zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung** **Vorlage: 211/10**

Herr Schröder führt aus, dass seitens der Verwaltung eine Liste der KAG-Maßnahmen für die Neuerstellung der Straßenbeleuchtung erstellt werde. Eine Beteiligung der Bürger solle über Presseinformationen erfolgen, hier sei aufgrund der Vorschriften kein Verhandlungsspielraum für Änderungsvorschläge gegeben. Für die nächste Sitzung des Bauausschusses stellt er weitere Informationen in Aussicht.

Herr Forstmann beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfahrensweise.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Sachstandsbericht Konjunkturpaket II zur Umsetzung des Programmes zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung **zur Kenntnis**.

7. **Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

8. Anfragen und Anregungen

8.1. Zustand Gertrudenweg

Herr Winkelhaus bemängelt, dass der auf dem Steilstück am Gertrudenweg in Richtung Mühle aufgebrachte Splitt nicht eingearbeitet worden sei. Für Radfahrer sei eine Befahrung des Weges nun sehr schwierig und auch gefährlich.

Seitens der Verwaltung wird zugesagt, hier Abhilfe zu schaffen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Herr Brauer dankt den Zuhörern und schließt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils: 18:30 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Martina Wietkamp
Schriftführerin